

2 FORUM

GASTKOMMENTAR

Digitaler Unterricht tut nicht weh



Der Bildungsexperte Christian Füller hat in WELT vom 5. Oktober 2018 einen fulminanten Essay zur Verteidigung des Gymnasiums nicht nur als Schulform, sondern als eine „Turnstätte von Körper und Geist“ verfasst. Bedroht sieht er die „Penne“ durch Forderungen, Humboldts alte Anstalt müsse zeitgemäßer, praktischer werden. „Die Digitalisierung“ kann Füller grundsätzlich nicht mit seinem Bild des Gymnasiums verbinden. Bezug nimmt Füller auf ein derzeit diskutiertes Programm der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek. Die CDU-Politikerin plant, sechs Milliarden Euro zur Digitalisierung der Schulen an die Länder zu geben. Für Füller droht Verletzungsgefahr, „wenn jetzt auch noch die Bildungsministerin aus Berlin digitale Tools, Plattformen und Gadgets in die Schulen wirft“.

Müssen Schüler und Lehrer demnächst also mit Helmen in die Gymnasien kommen, um nicht von herumfliegenden Tablets, Handys und WLAN-Routern an ihren kritischen Köpfen verletzt zu werden? Natürlich nicht. Grund ist ein populärer Denkfehler der Digitalisierungs-Kritiker, dem auch Füller aufgesessen ist: Er setzt Digitalisierung mit Technik gleich. Die Digitalisierung ist jedoch kein IT-Projekt. Sie bedeutet vielmehr einen grundlegenden Wandel unserer Art zu arbeiten, zu kommunizieren, zu wirtschaften und, besonders, zu lernen. Diese digitale Transformation ist eben nicht ein Angriff auf Humboldts Ideale, sondern kann ihnen neuen Wert verleihen. Ein auf gedruckte Schulbücher zurückgreifender Frontalunterricht ist nicht nur enorm langweilig, er ist eben auch nicht mehr Spiegel unserer Gesellschaft. Wenn fluide, agile Zusammenschlüsse hierarchische und auf Dauer angelegte Institutionen ablösen, dann wollen, nein, müssen wir unsere Schüler zu Herrschern über diesen Prozess machen.

Auftritt Digitalisierung: Ersetzen wir Schulbücher durch Offene Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources), so erlauben wir den Kindern und den Lehrern, eine Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden tatsächlich zu leben. Statt aus oft veralteten Materialien zu lernen, erschaffen sich Schüler und Lehrer gemeinsam ihre Lehr- und Lernmaterialien und erarbeiten sich so nicht nur die Inhalte, sondern auch die wichtigste Form der Arbeit: die Kollaboration. Damit sind die aus dem Humanismus entstandenen und dem Gymnasium innewohnenden Werte und Normen keineswegs obsolet. Nicht nur das Schreiben von Essays erfordert Disziplin, Konzentration, Talent, Ausdauer und Wissen. Gerade die Schnelligkeit digitaler Tools bedarf der Vervollständigung durch Reflexion, durch Erfahrung, durch Besonnenheit und Achtsamkeit.

Viele zivilgesellschaftliche Akteure haben dies längst erkannt. Stiftungen investieren vermehrt in die Erforschung und Umsetzung dieses Wandelprozesses, indem sie die Lehrerausbildung um kollaborative Elemente ergänzen und Schülern Medienkompetenzen vermitteln. Sie versuchen dabei, Digitalisierung als eine grundlegende Transformation zu begreifen: weg vom fertigen Produkt (sei es ein Schulbuch, eine Enzyklopädie, eine Zeitung) und hin zu einem Prozess, der geprägt ist durch Zusammenarbeit, durch Iteration, durch positive Unfertigkeit. In diesem Sinne ist es höchste Zeit für eine pädagogisch fundierte Digitalisierung der Schulen.

Wenn die Bildungsministerin tatsächlich nur Tablets und Handys in die Klassenräume wirft, dann sollten die Schulen diese umgehend wieder zurückwerfen nach Berlin. Wenn aber die Digitalisierung als ein Prozess des Wandels grundlegender Arbeits-, Kommunikationsformen verstanden und gefördert wird (begleitet, nicht bestimmt durch Software und Technik), dann steht die Blüte des Gymnasiums und anderer Schulformen erst noch bevor.

Der Autor ist Mitglied der Geschäftsführung beim Bundesverband Deutscher Stiftungen, dem Dachverband der Stiftungen in Deutschland, und verantwortet dort die Digitalstrategie.

ESSAY

Die neue Unlösbarkeit

Es war purer Zufall, dass sowohl die Dieseldieselkrise als auch die Flüchtlingskrise im September 2015 voll zum Ausbruch kamen. Kein Zufall ist hingegen, dass bei der politischen und administrativen Bewältigung beider Krisen durch die Regierung die gleichen Probleme in Erscheinung getreten sind. Diese Feststellung hat in einer Zeit, in der vor allem aufseiten der CDU und der SPD viel zu viel vom „Stil“ als Ursache für die Abstrafung der GroKo durch die Wähler geredet wird, explosives Potenzial. Die Wähler monieren jedoch weniger den Stil als die sachlich mangelnde Problemlösungskompetenz der GroKo-Parteien. Irgendwie verkommt diesen Parteien alles zum politischen Tanz. Außer Futter für Talkshows zu bieten, ist den Bürgern damit aber in keiner Weise geholfen. Dieses Manko lässt sich an der vermeintlichen „Lösung“ der Dieseldieselkrise bestens ablesen. Dort hat die Politik erst vor Jahren schlechte Gesetze gemacht und dann auf dieser Basis laxer Verordnungen erlassen. Der Nettoeffekt ist, dass die Automobilkonzerne trotz ihrer betrügerischen Machenschaften praktisch von Anfang an aus der juristischen Schusslinie waren.

Nachdem der Schaden eingetreten war, tat die gesamte GroKo (mit Ausnahme der beiden SPD-Umweltministerinnen) das Nadelnagende. Sie versuchte, das Problem einfach auszusitzen. Man dürfe die Automobilindustrie wegen ihrer überragenden Bedeutung für den Standort Deutschland und der damit verbundenen Arbeitsplätze nicht zu hart angehen, hieß es seitens der Regierungsparteien. Dass ein hartes Angehen gerade deshalb sachdienlicher gewesen wäre, weil es hier darum geht, eine Kernindustrie unseres Landes zukunftsfest zu machen, kam Merkel, Dorothee Beyer, Scheuer, Weil und Co. nicht in den Sinn. Stattdessen stützten sie den wahnhaften Versuch, alles technologisch auf eine Karte zu setzen: den Diesel.

Nach Jahren des Kopf-in-den-Sand-Stockens hat die Bundeskanzlerin in der Dieseldieselkrise nun auf einmal umgeschwenkt. Es ist gut, dass sie damit de facto die Rolle als oberste Schutzpatronin des VDA endlich abgelegt hat. Allerdings beruht ihr Positionswandel nicht auf neuen sachpolitischen Einsichten. Ihre Motivation ist vielmehr rein taktischer Natur. Sie fürchtet um Volker Bouffier. Trotz guter Sacharbeit läuft die CDU in Hessen Gefahr, wegen des in Frankfurt verhängten Fahrverbots bei den anstehenden Landtagswahlen abgestraft zu werden. So viel zur Weitsichtigkeit der Bundesregierung.

Eine effiziente Lösung der Dieseldieselkrise ist trotz allem fieberhaften Bemühens wegen der allzu laxen deutschen Rechtslage enorm schwer, wenn überhaupt möglich. Dabei spielt die unangenehme Frage, ob die bestehende Rechtslage von VW, Daimler und anderen nur ausgenutzt oder bewusst mitgeschaffen wurde (was sehr wahrscheinlich ist), eine erhebliche Rolle. Noch erstaunlicher ist freilich, dass die „große“ Politik stolz einen Kompromiss verkündet, den die Industrie dann umgehend zerreißt. Das war in Deutschland früher anders. Das wirklich Erstaunliche an dem gesamten Vorgang ist der Vergleich mit den USA. Obwohl der politische Betrieb dort eindeutig von Konzerninteressen dominiert wird, ist die Lösung in der Sache aufgrund von Regressansprüchen und Rücknahmeverpflichtungen sehr viel verbraucherfreundlicher ausgestaltet als in Deutschland. Das ist der eigentliche, mit der Dieseldieselkrise verbundene politische Schock. Die Parallelen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise liegen auf der Hand. Hier hat die Politik noch die Chance, die Dinge ins Lot zu bringen. Allerdings operieren auch bei dieser Zukunftfrage große Teile auf dem Prinzip Hoffnung. Um Dynamik vorzugeben, verweist man auf zwischenzeitliche Verschärfungen der Rechtslage. Davon ist aber in der Praxis so gut wie nichts zu spüren. Also tut die Politik so, als ob sich das Problem irgendwie von selbst lösen wird, obwohl man nicht anders als beim Diesel – genau weiß, dass dies nicht der Fall sein wird. Kern des Problems ist die aktuelle Verwaltungs- und Rechtsprechungspraxis. Ihre Weg ist die von Regie-

Die Flüchtlings- und die Dieseldieselkrise haben Parallelen: Die große Koalition handelt nicht sachgerecht und glaubt, dass die Probleme sich von selbst lösen. Schön wär's

STEPHAN-GÖTZ RICHTER



rungepolitikern den Bürgern gegenüber immer wieder verkündete Absicht, Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber auf breiter Basis durchzusetzen, nicht zu bewerkstelligen. Das wird mittel- und langfristige – jenseits des in der Sache durch aus gebotenen und begründeten – „Spurwechsels“ für beruflich qualifizierte, abgelehnte Asylbewerber – sehr problematische Konsequenzen haben. Denn ein erheblicher Prozentsatz dieser de facto-Wirtschaftsflüchtlinge wird mangels hinreichender Alphabetisierung und Qualifizierung trotz allen Sachnüchterns nicht in der Lage sein, auf dem deutschen Arbeitsmarkt seinen Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Die daraus folgende Dauerimmigration dieser Personen ist faktisch ein Konjunkturprogramm für die AfD, das sich niemand ernsthaft wünschen kann.

Unter diesen Vorzeichen ist es kein Wunder, dass die Bürger die Hoffnung auf Besserung verlieren. Es ist nach der faktischen Enttarnung durch die vollkommen inkompetent gehandhabte Dieseldieselkrise der zweite Schlag in den Geldbeutel. Demotivierend wirkt auch, dass die CDU in dieser Frage schon lange auf die Grünen schießt und nichts unternimmt, was den avisierten künftigen Koalitionspartner irritieren könnte. Das war ja auch der Grund, weshalb sich selbst Wolfgang Schäuble – in voreilem Gehorsam – vor Kurzem in einem Interview von den rechtsstaatlich gebotenen Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber faktisch gebietet hat. Kein Wunder, wenn die CDU weiter Stimmanteile verliert.

Grundsätzlich hapert es – wie zuvor in der Dieseldieselkrise – an der rechtzeitigen Schaffung der in der Sache gebotenen rechtlichen Grundlagen. Es stellt keine Ausbeule des Rechtsstaatsprinzips dar, wenn man – wie in der Schweiz und dem Niederlanden gängige Praxis – zeitliche Straffungen der Verfahrensdauer beschließt. Dem steht vor allem das europäische Recht nicht entgegen, auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Der EuGH postuliert allein das Recht auf effektiven Rechtsschutz. Wie der ausgestaltet wird, ist Sache der Mitgliedsländer. Andere Nationen leisten sich nicht Deutschlands absurden föderalen Luxus, 17 Verwaltungsgerichtsbarkeiten auf Länderbene mit 17 verschiedenen Beurteilungsmaßstäben zu etablieren. Adornets werden die maßgeblichen Entscheidungen – bzw. was ein sicheres Herkunftsland ist – durch ein nationales Gericht festgelegt. Das ist effektiver Rechtsschutz.

Gleiches gilt in Sachen des zweiten deutschen Nirwanas, dass Kommunalbehörden für wesentliche Aspekte des Ausländerrechts entscheidungsbefugt sind. Das führt zu noch mehr systemischem Wirrwarr und widerspricht bei genauer Betrachtung dem Prinzip des effektiven Rechtsschutzes. Hier von haben übrigens gerade auch die Flüchtlinge keinen Vorteil. Sie bleiben oftmals nur immer weiter in einem Schwebezustand. Vor allem verhindert die anhaltende Schärfe die Fokussierung auf die eigentliche Aufgabe, die zügige Integration jener, die einen Rechtsanspruch haben und die erforderlichen Sprachfertigkeiten und beruflichen Qualifikationen aufweisen.

Die operative Logik der Regierung macht nur aus der Warte rein parteipolitischer Überlegungen Sinn. Das gesamte „Narrativ“ der GroKo hängt ja von dem Manöver ab, die von Angela Merkel seit Langem annoncierten Pläne zur Umverteilung der Flüchtlinge endlich EU-weit durchsetzen zu können. Dabei ist eine solche Verteilung schon lange kein realistischere Unterfangen mehr. Zu groß ist der Widerstand dagegen in zu vielen EU-Partnerländern – und das längst nicht nur in Osteuropa. Es wird allgemein bekannt, dass die meisten Flüchtlinge nach Deutschland wollen. Und die 27 EU-Partner haben damit keinerlei Problem. Dies anzuerkennen, traut sich niemand in Berlin. Denn dann müsste man ja ernsthaft über administrative Konsequenzen nachdenken. Stattdessen wird in Berlin weiter fest an das Unmöglichkeit geglaubt, genauso wie man gemeinsam, vom VW-Beirat bis hin zur bayerischen Landesregierung, lange an das Aussitzen der Dieseldieselkrise geglaubt hat.

Wenn man die Diesel- und die Flüchtlingskrise, aber auch die Energiekrise betrachtet, gelangt man zu einer bedauerlichen Feststellung: Die Zeiten, in denen wir Deutsche bei der Bewältigung komplexer Herausforderungen reüssiert haben, sind vorbei. Diese Fähigkeit war auf eine besondere Kompetenz in puncto systemischem Denken zurückzuführen, die unsere Verwaltung, Politik und Industrie traditionell ausgezeichnet hat. Mittlerweile sind wir in derlei Dingen eher zu Hasardeuren geworden. Es ist ein verhängnisvoller Politikstil, die Probleme erst nicht zu sehen, dann die kritischen Fragen zu zerreden und schließlich praktikable Antworten als „außerhalb des Diskurskorridors“ gelegen nicht zuzulassen. Dadurch stolpert man nur immer tiefer in die politische Unlösbarkeit hinein.

Wer politisch so rigoros und zugleich unprofessionell operiert, wird vom Wähler in sehr rationaler Weise abgestraft. Statt sich an „Stillsagen“ des politischen Umgangs in der GroKo abzuarbeiten, sollte man mit Blick auf die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in unserem Land wenigstens eines erkennen: Sowohl bei der Diesel- wie der Flüchtlingskrise präsentierte sich im Lebensalltag ergebende Probleme hauptsächlich auf den Köpfen der weniger Begüterten nieder. Sie sind es, die mit ihren alten Dieseln den Fahrverbots alternativen ausgesetzt sind. Und sie sind es, die besonders der Wohnungslosigkeit und Mietpreiserhöhungen sowie dem Abstieg der Qualität der Schulen („Brennpunktschulen“) in ihren Stadtteilen ausgesetzt sind. Wenn nicht diese Hauptgeschädigten dann zur Wehr zu setzen suchen, werden sie von der Politik prompt als Populisten und AfD-affin abgestempelt. Das ist eine Attitüde, sich realer Probleme durch Schuldzuweisungen zu entledigen, die in der deutschen Geschichte an die späte Kaiserzeit und die damalige, hochherrschafliche Verminglung der legitimen Interessen der Arbeiterschaft erinnert. Mittlerweile erstreckt sich dieser Habitus zur Verminglung und Delegitimierung seitens der GroKo auch auf die bürgerliche Mitte. Das ist politisch inkompetent und selbstgerecht.

In Wirklichkeit geht es doch um etwas sehr Praktisches – die Lösung der aufgetauhten Probleme. Das zu fordern ist kein Populismus, sondern eine Erinnerung daran, warum Politik überhaupt existiert.

Der Autor leitet den Online-Thinktank und das Online-Magazin The Globalist

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (985 f)
Herausgeber Stefan Aust
Redaktionsleiter Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs:
Irene Han, Oliver Michalsky, Anne Tietz
Stellvertretende Chefredakteurinnen:
Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Direktor Digital Innovation: Nikolai Sahab-Eidin
Chefredakteur: Torsten Krauß
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Redaktionsteam: Christian Gaertner,
Henning Krüger, Steff Philipp Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelia Pitzel
Anfrageleitung: Juliane Schwarnberg, Stev. Katy Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schneider
Forum: Andrea Seibel, Stev. Rainer
Haarlich Investigation/Reportage: Wolfgang Blücher, Stev. Manuel Bewarder
Außenpolitik: Klaus Geiger, Silke Milbrer
Wirtschaft/Finanzen: Olaf Geremann, Heana Gräbitz, Stev. Jan Düren, Dietmar Hoffner, Thomas Exner
Science Editor: Kultur: Andrea Rosenfelder, Stev. Lucas Wiegand
Literatur: Wolf: Dr. Mara

Delius
Literaturkorrespondent: Richard Klümmerling
Silke Wiese
Moderator: Adriano Sack, Stev. Silke Krüger, Inga Grise
Senior Editor: Sports: Stefan Frommann, Stev. Sven Flor, Christian Witt, Volker Zeiler
Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stev. Wiebke Hollersen
Regionalredaktion Hamburg: Jörg Lauterbach, Stev. Claudia Seig
Nachrichten-Unterhaltung: Fabi Schneider
Community/Social Media: Wolfgang Scheidt, Jörg

Cannath und Andrea Müller (Social Media)
WELTplus
Schaatun: Lange Video: Martin Heller
CVD Produktion: Patricia Flate, Stev. Dr. Jörg Forstlich
Foto: Michael Dilger, Stev. Stefan A. Ranne
Infografik: Sandra Hechenberg, Karin Sturm
Chefredakteur: Außenpolitik: Dr. Sascha Lohmann
Chefredakteur: Wirtschaftspolitik: Dr. Dominik Roehs
Korrespondenten Politik/Gesellschaft:

Ulrich Exner, Dr. Richard Henzinger
Chefredakteur: Wissenschaft: Dr. Norbert Lössen
Chefredakteur: Heike Wovell
Leitender Redakteur: Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henrik M. Broder, Dr. Susanne Gassler, Alan Poesner, Dr. Kathrin Speer, Benjamin von Stedden, Hans Zippert
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Hancke Cröly,

Dr. Christoph Schütz
Budapest: Boris Koltay
Istanbul: Deniz Yildiz
Jerusalem: Gil Yaron
Kopenhagen: Christian Putsch
London: Stefanie Böden, Thomas Köllinger
Madrid: Ute Müller
Marrakesch: Alfred Hackenberger
Moskau: Pavel Lobshin
New York: Michael Remke, Hannes Stein
Paris: Martina Meiner
Peking: Johnny Erling
Prag: Hans-Jörg Schmidt
Warschau: Philipp Prinz
Washington: Steffen Schwarzkopf, Clemens Wernig